

eine Krise gerate. „Eine andere Wahrnehmung der Politik“ greife um sich. „Politik wird anders erfahren und erlebt – was einschließt, daß auch anderes als politisch erfahren und erlebt wird.“ Der Autor fragt nach den dieser „neuen Politik“ zugrunde liegenden Denkmustern. Den Wunsch nach ihr betrachtet er als ein Symptom für tiefere Bedürfnisse. „Die Sehnsucht, die politisch-gesellschaftliche Welt möge ‚Lebenswelt‘ sein“, macht er als Grundmotiv aus, eine Sehnsucht, die habe entstehen können, da diese Welt kaum mehr als „Lebenswelt“ erfahren werde. Zum Kriterium für Politik werde erhoben, „ob sie die Lebens- und Erlebenssphäre stärkt oder schwächt, die Erfahrung von Gemeinschaftlichkeit vermittelt und die gesellschaftlich-politische Welt als bedeutungsvollen Zusammenhang, eben als ‚Lebenswelt‘ vorstellbar macht“. „Betroffenheit“ werde als neues Organ von Politik begriffen, die Forderung nach Glaubwürdigkeit solle das politische Urteil auf ein „neues, verlässliches, weil unmittelbar nachvollziehendes Fundament stellen“. Der einzelne möchte sich als Teil des Ganzen verstehen können. Der Autor ist skeptisch, ob Politik überhaupt noch möglich sei, „wenn sie aus der Perspektive des Erlebens wahrgenommen wird, das auf die unmittelbare Einlösung des Verlangens nach Identität und Lebenswelt gerichtet ist“. Er sieht so Politik grundsätzlich mißverstanden.

SABOLO, YVES. *Désarmement et emploi: Quelques éléments d'étude*. In: *Revue Internationale du Travail* Volume 122 Heft 3 (Mai-Juni 1983), S. 279–294.

Um die Bedeutung der Rüstungsindustrie in der Weltwirtschaft sowie die Beschäftigungsprobleme, die entstehen könnten, käme es zu einer fortschreitenden weltweiten Abrüstung geht es in diesem Beitrag. Daß Erfolge bei der Abrüstung erhebliche arbeitsplatzpolitische Konsequenzen nach sich ziehen würden, läßt bereits die Gesamthöhe der weltweiten Ausgaben für das Militär vermuten: Berechnet für das Preisniveau von 1978 seien 1980 500 Milliarden US-Dollar für den gesamten militärischen Sektor ausgegeben worden. Hohe Steigerungsraten seien seit 1970 vor allem in den Entwicklungsländern anzutreffen. Man schätzt, daß rund 100 Millionen Personen direkt oder indirekt vom Militärbereich betroffen sind. Hieraus erklärt sich auch die nicht selten schwierige Lage der Gewerkschaften, wenn es zwischen Rüstungsaufträgen und Arbeitsplätzen, zwischen Verringerung der weltweiten Rüstungsproduktion und den nächstliegenden Interessen ihrer Mitglieder zu wählen gilt. Langfristig sei davon auszugehen, daß Abrüstung den ökonomischen und sozialen Fortschritt begünstige. Kurzfristig werde es auf dem Arbeitsmarkt der größten Rüstungshersteller zu Schwierigkeiten kommen.

Kirche und Ökumene

BÄRENZ, REINHOLD. *Zur theologischen Dimension des Sonntagsgebots*. In: *Catholica* Jhg. 37 Heft 2 (1983) S. 73–93.

Ausgehend von gegenwärtigen Problemen in bezug auf das Sonntagsgebot (Rückgang der Zahl der Gottesdienstbesucher, Abnahme der „Eucharistiefähigkeit“ der Christen, mehr und mehr priesterlose Gemeinden), greift Bärenz auf wichtige Stationen der geschichtlichen Entwicklung zurück: Während im Neuen Testament eine Verpflichtung zur Teilnahme an der gottesdienstlichen Versammlung nirgends nachweisbar ist, wird nach der konstantinischen Wende die Verpflichtung zur Mitfeier der Eucharistie am Sonntag gesetzlich geregelt. Im Mittelalter wird etwa bei Thomas von Aquin die Sonntagspflicht weitgehend naturrechtlich begründet, als Verpflichtung zum öffentlichen Kult. Schließlich wurde das Sonntagsgebot im CIC von 1917 universalkirchlich festgeschrieben, nachdem es schon früher unter die fünf Kirchengebote gezählt wurde. Das Zweite Vatikanum versucht, die Sonntagspflicht von einer Theologie des Herrentags her positiv zu begründen, ebenso der Beschluß „Gottesdienst“ der Würzburger Synode. Damit erweist sich das Sonntagsgebot primär als eine „Glaubensfrage, nämlich insofern das Gebot als Ausfluß der christlichen ‚Sache‘ selbst gesehen werden muß“.

Personen

Anlässlich der Audienz für die Delegation des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel, die an der Feier des Festes Peter und Paul in Rom teilnahm, äußerte *Johannes Paul II.* seine Befriedigung über den Stand des offiziellen theologischen Dialogs zwischen katholischer und orthodoxer Kirche. Mit Hingabe und Kompetenz hätten sich katholische und orthodoxe Bischöfe und Experten auf diesen Dialog eingelassen, wobei sie sich aller Fähigkeiten ihres Herzens und ihres Verstandes bedienten. Zwischen den beiden Kirchen entwickle sich auch eine wache Solidarität als Frucht eines Gefühls der Gemeinschaft, das sich zwischen Katholiken und Orthodoxen auf allen Ebenen ausweite.

Im Alter von 69 Jahren starb am 26. Juni der aus Australien stammende Kurienkardinal *James Robert Knox*. Knox war zu nächst im diplomatischen Dienst des Vatikans tätig, bevor er 1967 Erzbischof von Melbourne wurde. 1973 berief ihn Paul VI. ins Kardinalskollegium und ernannte ihn 1974 zum Präfekten der vatikanischen Kongregation für die Sakramente und den Gottesdienst. Vor zwei Jahren wurde er Präsident des neu geschaffenen päpstlichen Rates für die Familie.

In einem Interview mit KNA zum Außerordentlichen Heiligen Jahr sagte Kardinal *Joseph Ratzinger*, der Präfekt der Glaubenskongregation, die aktuellen politischen und ökonomischen Probleme der Menschheit hätten ihre tiefste Wurzel in dem Verfall der geistigen Grundlagen der Menschheit. Sinn und Aufgabe des Heiligen Jahres sei es nicht, in die Schlagzeilen zu kommen. Es spreche vielmehr verborgenerer Schichten im Menschen an, die für den einzelnen zentrale Bedeutung hätten. Letztlich gehe es um die Frage nach der Erlösung, also um die Frage, worin Menschsein überhaupt bestehe. Insofern rühre das Heilige Jahr durchaus an den Kern des Existenzgefühls, der Existenzangst und auch der Hoffnungen der Zeit.

Als der Bundesminister für Arbeit und Soziales *Norbert Blüm* zur Erörterung von Problemen türkischer und jugoslawischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und der Möglichkeit von Rückkehrhilfen Anfang Juli nach Ankara und Belgrad reiste, wurde er auch vom Leiter des Kommissariates der (katholischen) Bischöfe in Bonn, Prälät *Paul Bocklet*, und vom Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung, Prälät *Heinz-Georg Binder*,

begleitet. Dabei hatten Binder und Bocklet Gelegenheit, mit dem türkischen Außenminister und dem stellvertretenden Leiter des Amtes für religiöse Angelegenheiten über die Situation der christlichen Minderheiten in der Türkei zu sprechen. Nach Bocklet seien die Auskünfte von Außenminister *Il-tar Türkman* „recht zurückhaltend, teilweise sogar allergisch“ gewesen. Der Minister habe aber eingeräumt, daß es „in der Vergangenheit“ zu Übergriffen gegen Christen in Ostanatolien gekommen sei.

Schlimmer als zu Zeiten Idi Amins sei inzwischen die Lage Ugandas unter der Präsidentschaft von Milton Obote. Dies erklärte vor Pressevertretern in Wien im Juni *Eriya Katagaya*, führendes Mitglied der Nationalen Widerstandsbewegung NRA (National Resistance Army). Während der päpstliche Pro-Nuntius in Kampala, Erzbischof *Karl Joseph Rauber*, die Lage noch als relativ entspannt beurteilte, sprach der Erzbischof von Kampala, *Emanuel Nsubuga*, bereits im April anlässlich einer Deutschlandreise von „bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen“.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags Herder, Freiburg, bei.